

**Ersteinst**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
H. Suter, Industriehalle  
Messe-Strasse  
Vorforderungen  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingent)  
Fr. 3.— für Deutschland (Kontingent)  
Fr. 1.70 für Österreich (Kontingent)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontingent).

**Inserte**  
Die dreispaltige Zeile  
25 Gts. — 20 Wk.

N<sup>o</sup>. 17.

Sonntag, 25. April.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unbedingte Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandierung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Zur Beratung des Sozialistengesetzes.

Am 17. ds. hat die zweite Lesung über die in der Kommission durchberathene und mit einigen kleinen Abänderungen versehene Sozialistenvorlage begonnen, und werden die Beratungen über diese nächst dem mit ihr zusammenhängenden Militärgesetz wichtigste Gesetzesvorlage dieser Reichstagsession voraussichtlich im Laufe dieser Woche zu Ende geführt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen kennen wir schon im Voraus: die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf vorläufig vier Jahre wird angenommen und dadurch das bisher „provisorische“ Ausnahmegesetz, die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie, zu einer dauernden Regierungseinrichtung gemacht werden.

Daß es so kommen wird, so kommen muß, darüber konnte bei Klarblickenden seit 1878 so wenig ein Zweifel bestehen, wie über die daraus notwendigerweise erwachsenden Folgen. Ebensovienig brauchen wir heute nochmals unsere Stellung zu der Verlängerung des Sozialistengesetzes darzulegen: sie hat ihren bestimmten Ausdruck in dem Aufruf an die Partei in Nr. 9 des Parteiorgans gefunden. Was etwa später noch zu sagen ist, wird zu seiner Zeit gesagt werden, und vor allem wird unsere Antwort durch die That nicht auf sich warten lassen.

Heute aber halten wir es für nützlich, einige gegnerische Stimmen der Warnung und des tiefsten Hinweises auf die unausbleiblichen Folgen der Fortsetzung des jetzigen Unterdrückungssystems zum Ausdruck zu bringen. Nicht etwa, als ob wir dadurch den Sinn unserer Gegner noch in letzter Stunde wenden zu können hoffen; denn wen das Schicksal verderben will, dem nimmt es erst den Verstand, und mit Vernunftunfähigen verliert kein Vernünftiger seine Worte. Aber es kann nicht stark genug betont und vor aller Welt festgesetzt werden, welche schwerwiegende Verantwortung unsere Feinde durch die Entscheidung übernehmen, welche sie jetzt leichtem Herzens zu treffen sich anschicken, und wie sie für die aus ihr entstehenden Folgen einzustehen haben werden. Bei ihnen steht die Wahl der Wege, auf denen die nahe bevorstehende, ja richtiger schon begonnene Umwälzung aller gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse vor sich gehen soll: Stimmgabel oder Schwert! Mögen sie nach Belieben wählen — wir nehmen beides an und sind auf beides eingerichtet; aber auf ihr Haupt die Verantwortung!

Und so denken nicht wir allein. Ein eifriger Gegner der Sozialdemokratie, der vor einiger Zeit ein sozialistenfeindliches Buch über „Die Ursachen der Entstehung der Sozialdemokratie“ schrieb, hat den Muth, in einem „Mit Gott für Kaiser und Reich“ überschriebenen und im „Staatssozialist“ veröffentlichten Artikel offen gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes einzutreten und sich folgendermaßen auszusprechen: „Die Ausnahmegesetze verbittern, verschärfen die Gegensätze, konsolidiren alle unzufriedenen Elemente, und erwecken so sicher als die Flüsse seawärts fließen, auch bei uns den Nihilismus. Wir stehen vielleicht vor der allerernstesten Entscheidung, die seit der Gründung des neuen deutschen Reichs vor uns trat. Wir sind überzeugt, daß jetzt ein Wendepunkt zum Guten oder zum Schlimmeren gegeben ist und daß vielleicht von der bedingungslosen Annahme des Sozialistengesetzes die akute Revolution zu datiren sein wird!“ Der hochkonservative Verfasser nennt das Ausnahmegesetz ein „parteiliches“, „einseitiges“, „revolutes“ und gesteht, daß die herrschende Klasse ohne schleunige soziale Reformen im Sinne der gerechten Forderungen des Proletariats „der Revolution machtlos gegenüber steht“!

Daß das Sozialistengesetz diese für die herrschende Klasse bedenklichen Folgen und eine bedeutende Verstärkung der Sozialdemokratie statt der gehofften Vernichtung erzeugen müsse und zum Theil schon erzeugt hat, wird von nüchternen und aufrichtigen Gegnern der verschiedensten Parteirichtungen ohne Umschweife zugestanden. So läßt sich die fortschrittliche Berliner „Volkzeitung“ also vernehmen: „Die auf Grund des Ausnahmegesetzes verhängten Maßregeln waren geeignet, die Agitation zu befördern, so daß wir also mit Verlängerung jenes Gesetzes nur noch mehr Delinzen Feuer gießen würden.“

... Das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie ist wesentlich auf Ursachen zurückzuführen, die durch das Ausnahmegesetz gar nicht berührt werden. ... Fragen wir uns nun, ob durch das Sozialistengesetz zur Verminderung der Ursachen zur Unzufriedenheit beigetragen worden ist oder doch beigetragen werden kann, so müssen wir das entschieden verneinen. Nur gewisse Ventile, die jener in weiten Volkskreisen verbreiteten Stimmung gleichsam zur gefahrlosen Ableitung dienen, sind durch die ausnahmegesetzlichen Maßregeln verstopft worden, und wer heute hineinhorcht in die Arbeiterkreise und die Stimmung derselben erforscht, der findet, daß der alte Haß gegen die Bourgeoisie und den heutigen Staat nur noch heftiger geworden ist, seit im Sozialistengesetz der Versuch gemacht worden ist, das Proletariat mundtobt zu machen. ... Nirgend zeigt sich die Partei geschwächt.

... Die Gegner des Sozialistengesetzes warnen seiner Zeit vor der Entfesselung einer großartigen geheimen Agitation, die durch kein Gesetz zu treffen sei — und diese geheime Agitation ist heute im großartigsten Maßstabe da... „Es ist eitel Illusion, an einen Niedergang der Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu denken, im Gegentheil ist sie gewachsen“ — schreibt der „Staatssozialist“. „Man muß zugestehen, die Partei ist von einer Opferwilligkeit und Hingabe befeuert, wie sie sich keine andere politische Partei zu rühmen hat und wie man Aehnliches nur bei religiösen Bewegungen zu spüren bekam. In jeder Nummer dieser Blätter findet man zahlreiche Korrespondenzen aus allen Gegenden Deutschlands, fühlt man den regen Pulsschlag eines enggeschlossenen und einheitlichen Zusammenhaltens. Mögen die Polizeiorgane noch so sehr ihre Pflicht thun, eine halbe Million Männer, in den Verkehrszentren zusammengedrängt, sind einfach nicht zu kontrolliren. Es ist unausbleiblich, daß diese Propaganda und Nachteilfaltung den Muth und die Hoffnung auf einen baldigen großen Umschwung der Dinge aufs Höchste belebt trotz aller Repressivmaßregeln. Die Sozialdemokratie sieht den ihr unerträglichen Druck vielmehr als das bis an den Rand gefüllte Maß an, zu dessen Ueberlaufen es nur noch weniger Tropfen bedarf. Sie tröstet ihre Anhänger mit dem bekannten Satz, daß die Extreme sich nahe zu berühren pflegen. Nicht also trotz, sondern gerade wegen der einseitigen Repressivmaßregeln erstarkt sie. ... Das Gesetz wird nichts weniger als enttäuschte sozialdemokratische Massen finden. ...“ Und nachdem das Blatt die im Werk befindliche Umgestaltung unserer Organisation, die Flugchriftenpropaganda, die geheime Korrespondenz, kurz, die im Parteiaufruf dargelegten Absichten und Pläne besprochen, fährt es fort: „Das Alles ist die Antwort auf die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Es klingt wie das Hohngelächter des Zaubers, auf welches der Riese mit wilden Reulenschlägen beschlägt ohne den Lacher selbst erblicken zu können. ...“

Was aber das Ende von alledem sein wird, sein muß, das findet sich in einigen Organen der gegnerischen Presse verschiedener Parteien so unumwunden ausgesprochen, als es nur ein sozialistisches Blatt thun könnte; ja es wird nicht selten die ganze Verantwortung für das Kommenende nicht uns, sondern der Verblendung der herrschenden Klasse zugeschrieben, wobei freilich nicht verschwiegen werden darf, daß solche lichte Momente bei der Mehrzahl nicht lange dauern und darum jedes Einflusses auf die Gestaltung der Dinge entbehren. So schreibt die vollparteiliche „Frankf. Zig.“: „Welche Summe von Haß und Nachsicht im Gefolge des Ausnahmestandes erwacht, läßt uns die Rede Bebel's (über den Berliner Belagerungsstand) schauernd ahnen, wir erhalten den unheimlichen Eindruck geheimer Gefahren, die den Frieden der Nation mehr bedrohen, als dies je die offene Agitation vermochte.“ Die „ultram.“ „Germ.“ glaubt zwar „an die Schrecken des Nihilismus, die uns der Abgeordnete Bahleisch auch für Deutschland in Aussicht stellte, noch nicht“, hält aber die Zunahme der Verbitterung der Arbeiterklasse für unausbleiblich. Sie zeigt, wie viel revolutionärer Zündstoff angehäuft ist; das schon genannte christlich-soziale Organ aber vergleicht ganz Europa mit einer Pulvertonne, welche der erste Funke in Brand setzen kann. „Gegen die Gefahr solcher Explosionen schützt auf die Dauer kein Löschararat von Polizeimaßregeln, sagt es hinzu, sondern nur ein Organismus durchgreifender Reformen“ — die natürlich nicht kommen werden. „Die Aussicht auf eine soziale Revolution ist auch in Deutschland nicht in nebelgraue Ferne gerückt. Sechs Jahre (die ursprünglich geplante Dauer der Verlängerung des Sozialistengesetzes; jetzt werden bekanntlich „nur“ vier, was aber für uns vollkommen gleichgültig ist) — sechs Jahre sind lang genug, um positive, verständigende Reformen einzuführen, aber zu lang für das schleichende Gift der geheimen Agitation und für die Ansammlung des Explosionsstoffes. Man wird immer größere Geschäftlichkeit in der geheimen Organisation erhalten, die sozialdemokratische Agitation, in der Findigkeit mit jedem Tage wachsend und zu üben sich gezwungen sehend, wird auch die Schlupflöcher im Raum ansfindig machen, durch welche sie die noch intakten Kreise infizirt, und es wird nichts Anderes übrig bleiben, als den alten fünf Jahre fünf Jahre hinzuzufügen, bis der Moment gekommen, auf den die Sozialisten aller Länder warten. ... Eine Hoffnung hält die Sozialisten aufrecht, — nicht diejenige auf Beendigung des Ausnahmegesetzes, sondern die auf den baldigen Tag der großen Revanche, so ungefähr um 1889 herum! ...“

Und werden denn — fragt das konservative Blatt weiter — alle diese Hindernisse und Verwicklungen auf eine nahe bevorstehende soziale Revolution etwa durch die vortreffliche Verfassung unserer bestehenden Zustände lächerlich gemacht und Lügen gestraft? Sind dieselben derartig, daß sie den Gedanken an die Revolution ohne Weiteres in das Gebiet unklarer Herzensbeklemmungen und agitatorischen Kunststücke verweisen dürfen? Wenn der theoretische und praktische Materialismus in den oberen

Ständen von Tag zu Tag zunimmt, in den unteren dagegen das Proletariat und der Pauperismus täglich eine breiter anschwellende Strömung werden; wenn die Sorglosigkeit und das dumme Vertrauen auf Hinterlader und Pallasthe freisüppiger sich geberdet; wenn die Kirche sich noch immer nicht zur Entfaltung einer sozialen Thätigkeit im großen Stile aufrufen kann, wenn sie nicht mit gewaltiger Stimme ihr Zeugniß gegen alle Ungerechtigkeit und Lieblosigkeit erhebt; wenn die Regierungen im Grunde der sozialen Spinnweben rathlos gegenüber stehen, auch nicht einmal erst die Gefahren derselben zu erkennen vermögen; wenn die liberalen Parteien sich zersehen und in den Haaren liegen, die konservativen dagegen doch nur nothgedrungen und oberflächlich mit der sozialen Frage sich beschäftigen, nur mit Stopfnadeln und Flicken an sie herantreten: — wo in aller Welt, liegt dann der Anker der Hoffnung? Worauf wollen wir uns verlassen? Auf „den lieben Gott“? Sehr gut, aber wenn dieser „liebe Gott“ nun auch die Heiligkeit und Gerechtigkeit ist, und es für heilsam erkennt, daß ein großes internationales Gewitter die Luft reinigt, was dann? Vielleicht „Après nous le déluge?“ In der That scheint dies der letzte Trost jener mark- und energielosen Gesellschaftsbestandtheile zu sein, welche von keiner ersten Reform, weder an sich selbst noch am Ganzen, etwas wissen wollen, weil dieselbe sie in ihrer Behaglichkeit stört und Opfer fordert. ... Wenn nicht ein schnelles, energievolleres Erwachen im konservativen Lager und in den Kabinetten zu verheißenden Reformen erfolgt, der einzigen Möglichkeit, diesem täglich stärker werdenden Feinde erfolgreich entgegenzutreten, dann werden allerdings die 80er Jahre uns Ereignisse bringen, welche den deutschen Michel vollständig außer dem Häuschen setzen. Es fragt sich nur, wo die elektrische Batterie zuerst losgeht. Das Ueberige findet sich dann von selbst. ...“

Wir haben diesen gegnerischen Bekenntnissen nichts hinzuzufügen. Discite, moniti! \*\*)

## Die Landfrage in England.

In meinem letzten Briefe berichtete ich über die agrarische Bewegung in Irland. In diesem Lande geht die Bewegung sehr lahm vor sich. Das Feldgeschrei: die Erziehung der Pächterwirtschaft durch bäuerlichen Grundbesitz, ist aufgekomen ohne jegliche Absicht, die Bewegung zu ihrem einzig möglichen und logischen Abschluß, einer sozialen und politischen Revolution, zu führen. Die Folge davon ist, daß die Bewegung sich in zaghafter Weise in die Länge zieht, und man kann nicht zweifeln, daß sie enden wird, wie so manche andere Bewegung, die auf falscher Grundlage beruht, und ihre einzige Folge wird die sein, daß die allgemeine Aufmerksamkeit auf die soziale Lage gelenkt und so eine radikalere und daher auch mehr revolutionäre Erhebung vorbereitet wird.

So gut wie Irland besitzt aber auch England eine Grund- und Bodenfrage. Aber auch hier wie dort ist Alles, was man anstrebt, ein Kompromiß. Auch die englische Bewegung beruht auf keinen richtigen Prinzipien, denn ihr Endziel ist eine bloße Modifikation der bestehenden Uebel, nicht ihre Beseitigung. In der That scheinen die Führer der englischen Bewegung ganz unfähig zu sein, das einzige Prinzip zu begreifen, nach dem die Landfrage gelöst werden kann: die Rationalisation.\*\*) Gleich allen andern Bewegungen in England, mögen sie nun politischer oder sozialer Natur sein, ist Alles, worauf man hinielt, eine bloße Modifikation — und noch dazu eine unbedeutende — der grauenhaften Uebel, welche das englische Volk seit Generationen heimsuchen. Ich kann keinen besseren Beweis dafür beibringen, als einen Bericht über die Versammlung betreffs der Landreform, gehalten am 9. Februar zu St. James Hall in London. Der Präsidentenstuhl war von Herrn Ch. Bradlaugh, dem revolutionären „Bildersürmer“ früherer Jahre, eingenommen, und eine beträchtliche Zahl von Vereinen war durch Delegirte vertreten; auch hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Nachdem eine Reihe von Schriftstücken verlesen worden, die sich mehr oder weniger auf das Thema bezogen, legte der Präsident eine Reihe von zehn Anträgen vor, die von der Versammlung als Ganzes entweder angenommen oder verworfen werden sollten. Das Eine wie das Andere war unbillig. Aber der Präsident, welcher hofft, die nächsten allgemeinen Wahlen würden ihn wieder in's Parlament bringen †), fürchtete, die Landreform-Bewegung könne zu einer auf Verstaatlichung des Grund und Bodens hinauslaufenden sich gestalten und er würde dann im Hause der Gemeinen als ein „revolutionärer Enthusiast“ ausgezifft. Aber warum fürchtete sich der einst so ungestüme Bildersürmer in dieser Angelegenheit?

\*) Nach uns die Sinfult.

\*\*) Verant, ihr seid gewarnt.

\*\*) Das heißt Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privat-Eigentum in das Eigentum der Nation, d. h. der Allgemeinheit.

†) In mittlerweile bereits geschehen.

Und warum fürchtet er sich überhaupt? Ist ein Prinzip gerecht, warum soll man sich fürchten, es zu verteidigen, und wäre es auch im Hause der Gemeinen? Und warum fürchtet man sich, allein bei solcher Verteidigung dazustehen? Warum zitiert man davor, in einer gerechten Sache ausgehört zu werden?

Doch der Präsident verdammt Alles, was in Beziehung auf die Bewegung einen revolutionären Charakter trägt — alles Revolutionäre sei unpraktisch. Auch mehrere der anwesenden Delegierten widersetzten sich allen Vorschlägen revolutionärer Natur. Trotz dieser Erklärung des Vorsitzenden und seiner Anhänger in der Versammlung fanden sich einige wenige, die es wagten, zu den zehn Vorschlägen ein Amendement zu beantragen, welches sich zu Gunsten des Ueberganges von Grund und Boden, Minen etc. in das Eigentum der Nation aussprach. Das war für den Präsidenten zu viel. Er machte die Antragsteller darauf aufmerksam, daß sie bloß „zwei kleine sozialistische Vereine repräsentierten“. Das war reiner Hohn, denn viele der Anwesenden, welche an den Verhandlungen Theil nahmen, waren bloße Gäste, die nicht den kleinsten Verein vertraten. Aber auch die große Mitarbeiterin des Vorsitzenden verurtheilte das Amendement. Wir sprechen nämlich von Mrs. Besant, welche bei vielen für sehr vorgeschritten in den politischen Wissenschaften und sehr revolutionär in Bezug auf die bestehenden Einrichtungen gilt. Dennoch verurtheilte sie die Antragsteller, indem sie erklärte, das Land könne in Volkseigentum nur verwandelt werden durch Kauf oder Konfiskation. Als ob eine Zurücknahme des Grund und Bodens durch die Nation im Namen und zum Besten des gesammten Volkes eine Konfiskation wäre!

Allein die Majorität der Anwesenden schien in dem Wahne befangen, das Parlament werde gewissen Abänderungen der bestehenden Gesetze zustimmen. Wir aber glauben, daß das Parlament, so lange es in seiner jetzigen Zusammensetzung besteht, nie das Monopol des Bodenbesitzes aufgeben wird. Selbst im Unterhause verfügt die Landaristokratie über eine ansehnliche Anzahl von Stimmen. Noch schlimmer aber stehen die Dinge im Hause der Lords. In diesem Hause der Unverbesserlichen (incorables), wie man es genannt hat, sitzen 81, deren jeder ein Besitzthum von 1000—5000 Acres\*) hat; 72 von 5—10,000 Acres; 55 von 10—15,000; 34 von 15—20,000; 45 von 20—30,000; 23 von 30—40,000; 5 von 40—50,000; 9 von 50—60,000; 14 von 60—70,000; je einer besitzt 78,000, 87,000, 108,000, 138,000, 191,000, ja einer sogar 609,263 Acres (!). So haben wir im Oberhause 934 Männer mit einem Gesamtbesitz von 5,831,263 Acres, die sie als ihr Privat-Eigentum in Anspruch nehmen. Nehmen wir die Wahlberichte (Parliamentary returns), welche in den letzten vier Jahren veröffentlicht wurden, so finden wir als Grundbesitzer verzeichnet: 10,888 mit einem Besitz von 51,885,185 Acres; 2,184 mit 38,875,522; 421 mit 22,880,755 Acres; weiters 100 mit 3,852,000 Acres; sehen wir die schottischen Wahlberichte an, so finden wir, daß 6 Männer 2,794,317 Acres besitzen mit einer jährlichen Rente von 448,635 Pf. St.\*\*). Wir haben ferner 955, die ein jährliches Einkommen von 17,899,331 genießen, d. h. so viel als 351,986 Arbeiter verdienen, bei einem Wochenlohn von 1 Pf. St. Und noch gibt es Leute, welche die Befürwortung revolutionärer Maßregeln zitternd und bebend zurückweisen!

Wir wollen nun einen allgemeinen Ueberblick der Landfrage, wie sie jetzt in England steht, geben. In Folge der normannischen Eroberung nahm Wilhelm von der Normandie den ganzen Grund und Boden des Königreichs in Besitz. Dabei behielt er für sich selbst 1,422 Ritterlehen und außerdem noch weite Strecken unbedauten Landes. Seinem Neffen gab er die ganze Grafschaft Chester; dem Earl von Montique gab er 973 Güter, dem Earl von Moreton 793. Der Bischof von Bayeux erhielt 439; und der Earl de Waren 294 Güter. Das ganze Land theilte er in 700 große Baronien und 60,215 Ritterlehen, jedes von 680 bis 800 Acres. Der Richter Blackstone, der große englische Kommentator der Landesgesetze, sagt in seinem Kapitel über die englischen Lehnverhältnisse (English Tenures): In Folge dieser Veränderung wurde es ein Grundgesetz und notwendiges Prinzip, obgleich in Wirklichkeit, auf unsere englischen Lehnverhältnisse angewendet, nur eine Fiktion, daß der König der einzige urprüng-

liche Besitzer des gesammten Grund und Bodens in seinem Reiche sei, und daß Niemand einen Theil desselben besitze oder besitzen könne, sondern Alles, was einer innehat, sei mittelbar oder unmittelbar von einer Verleihung des Königs abzuleiten nach den Grundgesetzen des feudalen Lehnsystems. Diesem System blieben die großen Güter des Königreichs bis zum Jahre 1672 unterworfen, in welchem das Parlament, besitzend aus Landbesitzern, alle feudalen Lasten abschaffte und die Landbesitzer zu Landeigenthümern machte, indem es zugleich das Volk, das in dieser Angelegenheit keine Stimme hatte, in ausgiebigem Maße mit Steuern belastete, um die Staatsbedürfnisse zu decken.

Aber bald wurde es sogar den durch Parlamentsakte zu Landeigenthümern gemachten Herren klar, daß die aufgelegten Verbrauchssteuern allein nicht ausreichten, den Bedürfnissen der Regierung zu genügen. 1689/90 wurden drei außerordentliche Steuern bewilligt von 4 Sch. per 1 Pf. St. der Bruttoeinnahme des Grundbesitzes im Reiche; sie trug 2,018,704 Pf. St. 1692 wurde eine Akte zur Besteuerung aller Grundbesitzer erlassen, „nach der Tare von 4 Sch. per 1 Pf. St. jährlichen Einkommens, welches derselbe hervorbringe oder seinem Werthe nach hervorbringen könne zur Zeit, da die Steuer auferlegt werde“. 1697 betrug die Steuer 1,484,015 Pf. St. 15 Sch. 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pence bei einem Steuerfuß von 3 Sch. per Pf. St. Aber das war nicht genügend, und für 1698 wurde die Grundsteuer wieder auf 2,037,627 Pf. St. erhöht, oder 4 Sch. per Pf. St. Dies war die gesetzliche Lage des Grundbesitzes, in welcher er verblieb.

Aber, nachdem sie sich selbst zu Grundeigenthümern gemacht, indem sie alle feudalen Dienste abschafften; nachdem sie durch Parlamentsakte beschlossen hatten, eine Steuer von 4 Sch. per Pf. St. des Bruttoertrages der Grundrente zu zahlen, sind wir zur Frage berechtigt: sind sie dieser Bedingung ihrer gesetzlich geschaffenen Lage auch nachgekommen? Sicherlich nicht. Von 1692—1770 hätten sie der Schatzkammer 546,000,000 Pf. St. zahlen sollen und von 1771—1842 936,000,000 Pf. St., zusammen also 1,482,000,000 Pf. St. Was haben sie aber in Wirklichkeit gezahlt? Bloß 320,000,000 Pf. St., so daß sie dem Staate noch 1,162,000,000 Pf. St. schulden. Ferner betrug ihre Zahlungspflicht von 1843—1876 988,256,814 Pf. St., die geleistete Zahlung aber bloß 35,381,610 Pf. St. Diese neue Schuld beträgt also 952,875,204 Pf. St. Dies ergibt mit der früheren Schuld zusammen das hübsche Sümmechen 2,114,865,204 Pf. St. Nehmen wir endlich das letzte Jahr, für welches man die Berechnung aufstellen kann, so finden wir, daß bloß 1,072,170 Pf. St. gezahlt worden sind, anstatt 36,695,790 Pf. St., so daß ein unbezahlter Rest von 35,623,620 Pf. St. verblieb. Der Steuerfuß ist nämlich so weit gesunken, daß er für das Vereinigte Königreich statt 4 Sch. per Pf. St. weniger denn 2 Pence per Pf. St. beträgt.

Die großen Landbesitzer sind nicht zufrieden damit, sich durch das Gesetz zu Landeigenthümern gemacht zu haben; sie sind nicht zufrieden damit, das Gesetz verachtet zu haben, indem sie die Tare von 4 Sch. per Pf. St. nicht zahlten; sie erlaubten sich auch Eingriffe in die Volksrechte, oder vielmehr in das Gemeinland, das bis dahin noch dem Volke gelassen war. Wir finden, daß von 1760—1835 nicht weniger als 3,742 Parlamentsakte erlassen wurden, durch welche 6,840,540 Acres in Besitz genommen und in Privateigenthum umgewandelt (enclosed) wurden: Bis 1876 aber hat man mehr denn 800,000 Acres zu Privateigenthum gemacht, und noch immer nimmt das Werk der Verräuberung des Volkes durch Parlamentsakte seinen Fortgang.

(Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Rundschau.

### Schweiz.

\* Die dunkle Angelegenheit der Ausweisung Krapotkin's hat doch noch eine Wendung zum Besseren genommen. Die lebhafteste Gegenbewegung der über die Verletzung des Asylrechts empörten Genfer Bevölkerung hat dahin geführt, daß der Justiz- und Polizeidirektor Ador erklärt, er würde Krapotkin den ferneren Aufenthalt in Genf gestatten, sofern zwei niedergelassene und als ehrenwerth bekannte Personen in Genf die Rechtheit seiner Person

machen und das Schicksal aller Hülflinge erfahren: aus beiden Lagern davongejagt und verwünscht zu werden. Da aber ein bleibender Sieg der Partei der Schaffenden leider noch wenig wahrscheinlich ist, so werden auch diesmal die „Ordnlichen“ schließlich triumphiren (?) und erleichterten Herzens unter den Schutz des angebeteten Säbels zurückkehren. Und derjenige, der dann just bei der Hand sein wird, dem wird die Herrschaft zu fallen (?), nenne er sich nun Kaiser, König, Diktator oder Gensdarm. Wenn er nur brav versteht, die Flinten schießen und den Säbel hauen zu lassen! Auf wie lange ihm die Herrschaft gefällt, das ist allerdings eine andere Frage.

Man nehme zu diesen allgemeinen sozialen Gegensätzen — um nicht zu sagen Unmöglichkeiten — die persönliche, rasch wachsende Korruption der herrschenden Clique, die Sicilienjägeri, das unverschämte Protektionswesen, die Käuflichkeit, den Vörsenspieler selbst der höchsten Beamten, die elchastigen Balgeretten und Zänkereien in der sogenannten Volkserziehung (mit Respekt zu melden); ferner die freche Willkür, mit welcher jede andere Meinung unterdrückt wird — die wahrhaft demokratische Presse hat heute mindestens nicht weniger auszusuchen, als unter dem Bas-Empire. — endlich das Privatleben dieser Herren Republikaner, welchen die Ansicht des sonst von ihnen so vielgeschätzten Robespierre durchaus nicht einleuchten will: „Il faut de la vertu pour être républicain“, „man bedarf der Tugend, um Republikaner zu sein“. Gambetta, der einseitige Hungerleider des quartier latin (des Studentenviertels) hält lukullische Prassereien, miethet reichen Herzogen ihre Köche aus u. s. w. Und das angeblich der allgemeinen Milder, des raschen Wachstums der Verbredhen! Schon schreit ihm, wenn er in seiner prächtigen Karosse daherkommt, das Pariser Volk sein weltgeschichtliches: „A bas les aristos!“, „Nieder mit den Aristokraten!“ nach. Und von solchen Gambetta's und Gambettachen wimmelt Frankreich heute. Die ehrlichen Reaktionäre, die den „Verfuch“ nicht mitmachen wollten, also die Monarchisten, wissen all das

bezeugen. Es ist das nichts anderes als eine verhäßte Zurücknahme des Ausweisungsauftrages, welche freilich den vorschnellen Genfer Polizeigewaltigen, dessen Schuld es wahrlich nicht ist, wenn seine Macht seinem guten Willen nicht entspricht, nicht gänzlich entlastet, noch die Nothwendigkeit der Sicherstellung des Asylrechtes durch gesetzliche Bürgschaften vermindert, welche aber doch im Vergleich zu ähnlichen Fällen ein verhältnißmäßig befriedigendes Bild gibt.

### Deutschland.

\* Der edle Reichstag hat im Lauf der letzten Woche über die zwei wichtigsten Vorlagen der Session, das Militärgesetz und die Sozialistenvorlage, verathen, und zwar wurde die Verathung über das erstere zu Ende geführt, während die über die letztere begonnen hat. Ueber die Militärgesetzdebatte ist wenig zu sagen; das Schicksal derselben war von allem Anfang an im Sinn der Regierung entschieden und so gab man sich kaum mehr die Mühe, Gründe dafür und dagegen ins Feld zu führen. Wozu auch Gründe? Der einzige Grund, der im neuen Deutschland Werth hat, ist die Macht, und dies überzeugende Argument sprach für das Gesetz, das denn auch schließlich mit bedeutender Mehrheit angenommen wurde. Mit Recht kann ein französisches Blatt höhnen: „Die Servilität des deutschen Reichstages ändert in der neuen Geschichte nicht ihres Gleichen außer der Unterthänigkeit der französischen Kammern unter dem zweiten Kaiserreich. Nur mit Mühe brachte das Militärgesetz etwas einer Diskussion Ähnliches hervor. Der Reichstag beugte sich in allen Punkten.“ Nun, wofür wäre er denn sonst da? — Ueber die zweite Verathung der Sozialistenvorlage müssen wir uns heute nur auf einige wenige Angaben beschränken, da durch einen widrigen Zufall (?) bis jetzt weder unser Reichstagsbericht noch der stenographische Bericht in unsere Hände gelangt ist, und wir sonach lediglich auf die gegnerische Presse angewiesen sind. Gleich zu Beginn der Verathung wurde gegen die sozialdemokratische Fraktion eine standulose Vergewaltigung verübt. Unsere Genossen brachten nämlich gegen eine Reihe von Paragraphen des Sozialistengesetzes Anträge ein. Statt dieselben nun, der Geschäftsordnung gemäß, gefordert bei den betreffenden Paragraphen zur Debatte zu bringen, wobei jeder Antragsteller hätte das Wort erhalten müssen, beschloß der Reichstag zum Zweck der möglichsten Rundtrottmachung der Sozialisten, sämtliche Anträge zusammen zur Debatte zu stellen. Und als Bebel hiegegen empört protestirte und den Reichstägeln zurief: „Ihr Gefühl für Gleichberechtigung ist abgestumpft“, ertheilte ihm der unparteiische Präsident einen „Ordnungsruf“. In der Diskussion über die Anträge der Sozialdemokraten sprachen dann unsere Genossen Wiemer, Hasenklever, Frißche, Lebel, Kayser und Auer über die durch das Sozialistengesetz und seine Folgen eingetretene vollkommene Rechtslosigkeit der Sozialdemokraten. Die beredtesten Worte verlies die Erbitterte Bebel: „Wenn man dem Menschen die einfachsten bürgerlichen Rechte nimmt, so wird er mit Erbitterung erfüllt; die Unterdrückten ziehen sich verbittert aus dem öffentlichen Leben zurück, und es greift die Meinung um sich: Nur die Gewalt kann helfen. Wir treiben einer Katastrophe entgegen und wenn die jetzigen Zustände anhalten, dann dürfte etwas passiren was die Welt thatsächlich noch nicht gesehen hat, und die herrschenden Klassen dürften unter der Macht des erbitterten Proletariats schlecht wegkommen! Wenn Sie heute nicht hören wollen, so werden Sie dann fühlen müssen!“ — Die Verblendeten wollen aber nicht hören und war die sonstige Verathung eine so bedeutungslose, als ob es sich um das Gleichgültigste von der Welt handelte. Aber nur ein wenig Geduld, die Sache wird den Herren schon noch ernst vorkommen!

— Eine vortreffliche Illustration hat das angeblich unangestastete Wahlrecht unter dem Ausnahmegesetz in Hamburg erfahren. Die dortige Polizei hat nämlich die sozialdemokratische Agitation unter dem Namen einer „sozialistischen Verbindung, welche sich in Hamburg neuerdings gebildet hat, um die Wahl des Wirthes Hartmann für den 2. hamburgischen Reichstags-Wahlkreis zu befördern“, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, die bloße Aufforderung zur Einsichtnahme der Wählerlisten beschlagahmt und das sozialistische Wahlcomité (Praast, Ockelmann, Schönig, Hermann, Vater, Jagim und Rünzler) unter dem Vorwand unerlaubter

natürlich geschickt auszubeuten. Spottend weisen sie auf diese Volkstribunen hin, die sich so erstaunlich rasch in die Rollen der einst mit unendlich viel stülpischem Abtheu bekämpften Despoten hineinzuwühlen, die so gut „in den Stiefeln des Kaiserreichs“ einherzuschreiten verstehen, wie ihnen der edle Cassagnac einmal höhnnisch zurief.

Man nehme das alles zusammen, sage ich, und beantworte sich dann selbst die Frage, ob eine solche Republik Bestand haben kann. Von den herrschenden Klassen mit Mißtrauen und Widerwillen angesehen, vom Volke aber ob ihrer Verlogenheit immer mehr verachtet, wo soll sie auf die Dauer Halt und Bestand finden? Niemand will der Vater dieses Bastards sein. Jeder wirkliche Republikaner aber wird die ser Republik wahrhaftig keine Thräne nachzuweinen brauchen, im Gegentheil sich freuen, wenn der schändliche Mißbrauch des göttlichen Namens ein Ende hat. Und diese Stellenjäger und Börsenspieler-Republik, sie wird ihre weltgeschichtliche Aufgabe mehr als erfüllt haben, wenn das französische Volk und mit ihm die anderen Völker die große Lehre aus ihr ziehen, wie blutwenig damit erreicht ist, den einen Despoten davonzusagen, wenn man andere gleich dafür einsetzt, daß das nur heißt die alte Kette einem Andern zum Halten zu geben, daß die lautesten Freiheitschreier hinter her, sobald sie erst zur Macht gelangt sind, die nichtswürdigsten Tyrannen werden, als echte Parvenüs zehnmal schlimmer und plumper, wie die Despoten von Geburt — und daß nur in der unumschränktesten Selbstregierung und Selbstverwaltung, wie sie allerdings allein die Kommune der Zukunft zu bieten vermag, wahre Freiheit, wahres Wohlergehen für uns zu finden sind.

(Schluß folgt.)

## Feuilleton.

### Am Sarge eines Cäsaren.

Ein Brief „aus Heuchelland“.

Von Heinrich Ime.

(Fortsetzung.)

Indeß, das französische Proletariat der Städte ist zum Unglück für diese Republik doch nicht mehr ganz so das ewige Kind, als welches die Klugen das Volk zu behandeln gewohnt sind. Es sah und sieht immer mehr ein, daß man ihm den Namen statt der Sache gegeben, immer ungestümer verlangt es zu der Form auch noch den lebendigen Inhalt, eine echte, wirkliche Republik statt dieser Republik zum Lachen. Denn das Volk, es versteht unter der Republik etwas anderes, als die vornehmen Satten, — nämlich vor allem ordentliche Ernährung, genügende Beschäftigung, Bildung, kurz Wohlsein für Alle. Je ungestümer aber von unten auf vorwärts gedrängt wird, desto schwächer wird es den Herren da oben bei ihrem „Verfuch“, den sie ohnehin nur widerstrebend unternommen, nur als Interregnum, um Zeit zu gewinnen für die Rückkehr zur guten alten „Ordnung“.

So muß es, glaube ich, früher oder später zu einer Klärung des jetzigen Durcheinander, zu einer Sonderung in ein Hüben und Drüben kommen, in die beiden feindlichen Lager, die einander bekämpfen, so lange es überhaupt eine Menschengeschichte gegeben hat — nämlich Herrschende und Beherrschte, Ausbeutende und Ausgebeutete, Genießende und Schaffende. Und jene Ciertänzer vom Schlage Gambetta's, die unter dem weiten und bequemen Mantel ihrer „Republik“ unversöhnliche Gegensätze zu vereinen, mit ihren wunden Phrasen dem Riesentamp Halt gebieten zu können glauben, den allein die Verschmelzung der beiden Parteien beenden kann — sie werden mit ihrem „Verfuch“ nämlich Fiasko

\*) 1 Acre = 30.49 Acre oder = 1.58 preussische Morgen. D. Ueberf.

\*\* Ein Pfund Sterling = 25 Franken oder 30 Mark. Es zerfällt in 20 Schilling = 1 Fr. 22 Cts. oder 1 M., der Schilling in 12 Pence oder Deniers. D. Ueberf.



